

BUCHBESPRECHUNGEN

GUSTAV W. HEINEMANN

VERFEHLTE DEUTSCHLANDPOLITIK

Irreführung und Selbsttäuschung. Stimme-Verlag, Frankfurt 1969 (2. Auflage). 181 S., Paperback 12,— DM.

Seit dem 1. Juli dieses Jahres hat die Bundesrepublik mit Gustav Heinemann ihren dritten Bundespräsidenten. Es ist verständlich, daß die Bürger und die Öffentlichkeit sehr daran interessiert sind, die politischen Vorstellungen des neuen Staatsoberhauptes, das sich bezeichnenderweise selbst als „Bürgerpräsidenten“ sieht, näher kennenzulernen. Diesen berechtigten Wünschen haben die Massenkommunikationsmittel durch die Veröffentlichung zahlreicher Porträts, Interviews und Kommentare entsprochen. Ein weiteres Ergebnis ist, daß frühere Publikationen Heinemanns jetzt neu

aufgelegt werden. Dazu gehört auch das hier besprochene Buch, das 1966 erstmalig erschienen ist. Es enthält 33 Artikel und Reden Heinemanns aus den Jahren 1951 bis 1964. Die Neuauflage ist vom Verfasser selbst nicht betrieben worden. So wurde auch das vom 5. September 1965 stammende Nachwort, in dem Heinemann rückblickend seine Vorstellungen zur Deutschlandpolitik noch einmal zusammenfaßt und kommentiert, unverändert übernommen. Das ist für eine politische Publikation ein erheblicher Mangel. Es wäre sicherlich möglich und vor allen Dingen informativer und somit effektiver gewesen, eine auch die Politik der Großen Koalition mit einbeziehende Lagebeurteilung Heinemanns aus dem Jahre 1969 abzudrucken. Zu kritisieren ist außerdem, daß auch in diesem Fall darauf verzichtet worden ist, die Artikel und Reden jeweils durch eine kurze Schilderung der politischen Verhältnisse,

in denen sie entstanden sind, einzuleiten. Dieser Fehler wird bei ähnlichen Publikationen immer wieder gemacht. Die Herausgeber beschränken dadurch den Leserkreis auf politisch sehr Interessierte.

Schon der eindeutige Titel des Buches ist ein Programm. Zusätzlich stellt Heinemann im Vorwort fest: „Die in diesem Band gesammelten Artikel und Reden wollten dartun, daß der Mißerfolg der insbesondere von Dr. Adenauer und seiner Partei seit 1950 vertretenen Deutschlandpolitik eintreten mußte, ja sogar von ihr provoziert worden ist. Diese Politik ging Wege, die von Anfang an keine Aussicht hatten, zur Wiedervereinigung unseres Volkes und zur Überwindung des Eisernen Vorhanges durch Mitteleuropa zu führen.“

Das Buch enthält thematisch vier Schwerpunkte: Behandelt werden die Remilitarisierung und die „Politik der Stärke“ in ihrem Bezug zur sog. „Deutschen Frage“, die Bedeutung der Noten der UdSSR-Regierung vom März 1952, der Anspruch der CDU/CSU und ihrer Anhänger, sie praktizierten „christliche Politik“, und letztlich die Forderung nach einer umfassenden und konsequenten Friedenspolitik. Zu diesen vier Themen seien stichwortartig einige Überlegungen Heinemanns wiedergegeben.

Heinemann kritisiert immer wieder, daß Adenauer ganz bewußt und überlegt der militärischen Westintegration die absolute Priorität gegenüber einer realistischen und u. U. auch chancenreichen Wiedervereinigungspolitik einräumte. Der Autor lehnte die sog. „Politik der Stärke“ von Anfang an entschieden ab und sah ihr (inzwischen ja seit langem unübersehbares) Scheitern voraus. Besonders hart traf und trifft die CDU/CSU der Vorwurf, mit dieser Politik habe sie zwar in keiner Weise der Wiedervereinigung, letztlich aber sogar den Interessen der UdSSR gedient. In seiner berühmten Bundestagsrede vom 23. Januar 1958 kritisierte Heinemann: „Das heißt mit anderen Worten, daß die Politik der eingebildeten Stärke das Spiel der Sowjetunion gespielt hat, daß diese Politik der eingebildeten Stärke, während man die Chancen ausließ, der Sowjetunion die Zeit gab, aus dem Handicap herauszukommen, das doch noch so lange für sie bestand, als sie keine Wasserstoffbomben, keine Raketen usw. hatte.“

Die fahrlässige Art, mit der die Bundesregierung die Noten der UdSSR vom März 1952 behandelte und bewußt nicht auf ihre Chancen hin auslotete, hat Heinemann offensichtlich tief bewegt. Dieses Thema taucht in seinen Reden und Artikeln immer wieder auf. Im Mai 1956 schrieb er dazu: „Es wird die historische Schuld Dr. Adenauers bleiben,

daß er 1952 die von den Sowjets angebotene Wiederherstellung Deutschlands gegen unser Herausbleiben aus militärischen Bündnissen in den Wind geschlagen hat.“ In diesem Artikel griff Heinemann auch persönlich *Kiesinger* an, dem er vorwarf, sich kritiklos der Politik Adenauers angeschlossen und „im entscheidenden Augenblick die bessere Erkenntnis dem neuen Führerkult zum Opfer gebracht“ zu haben.

Heinemann hat die aus dieser Politik zwangsläufig resultierende Entwicklung des innerdeutschen Verhältnisses richtig beurteilt. Er sah voraus, daß „die beiden deutschen Staaten sich im Abwehrkampf gegeneinander festigen würden“ und forderte schon 1959: „Die DDR ist eine Realität, und es ist an der Zeit, daß wir alle davon Kenntnis nehmen.“

Gerade im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung hat Heinemann sich temperamentvoll und zugleich überzeugend gegen den Anspruch der CDU/CSU gewandt, sie verträte auch in diesem Bereich christliche Politik. Heinemann stellte dieser Anmaßung seine Überzeugung entgegen: „Die christliche Botschaft wird darunter leiden, daß ausgerechnet die christliche Partei der Bundesrepublik an der Spitze der Aufrüstung marschiert.“ Er wandte sich scharf dagegen, den politischen oder militärischen Aufmarsch gegen den Osten auch noch „mit christlichen Parolen zu frisieren“. Außerdem lehnte er es ab, die „Kirche als moralische Erziehungsanstalt für Soldaten“ in Anspruch zu nehmen.

Bis auf den heutigen Tag ist für Heinemann der Krieg kein unabwendbares Schicksal und der Frieden keine Angelegenheit für idealistische Schwärmer. Der Krieg erwächst für ihn aus „menschlichem Versagen und aus der Bosheit der Herzen“; „Den Frieden zu schaffen und zu erhalten, ist immer wieder eine sehr sachlich-nüchterne Aufgabe.“ Dabei geht er von der Überzeugung und dem Wissen aus, daß aufgrund der Entwicklung der Waffentechnik der Krieg in keiner Form ein Mittel zur Lösung politischer Probleme darstellt. Er meint dazu: „Utopie ist heute nicht mehr, den Krieg zu überwinden, sondern ihn noch weiterhin für eine praktische Möglichkeit zu halten. . . . Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich bewähren muß — wie wir es früher hörten —, sondern der Frieden ist der Ernstfall, indem wir alle uns zu bewähren haben, weil es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt.“ Von dieser Grundhaltung aus ist unser heutiger Präsident auch von Anfang an für das Recht der Kriegschonstverweigerung eingetreten. Aktuelle Bedeutung hat seine Kritik vom November 1964: „Wer aber die Kriegschonstverweigerung heute noch diffamiert, und es geschieht ja solches in allen

Lagern, sollte eingedenk sein, daß sie zu dem Ethos der Zukunft gehören wird, so wie wir inzwischen der Blutrache abgeschworen haben."

Das Buch Heinemanns zeichnet sich durch eine unpathetische Sprache sowie Logik und Klarheit in der Gedankenführung aus. Für jeden, der sich für die gesamtdeutsche Politik interessiert oder gar Verantwortung für sie trägt, sollte es eine Pflichtlektüre darstellen. Wer die Artikel und Reden aufmerksam liest und dabei mit den pointierten Auffassungen Heinemanns konfrontiert wird, begreift erneut, daß seine Wahl zum Bundespräsidenten in der politischen Landschaft der Bundesrepublik wirklich einen Glücksfall und keine Selbstverständlichkeit darstellte. In einem Artikel zur Amtseinführung Heinemanns hat der neue DGB-Vorsitzende *Heinz O. Vetter* das so ausgedrückt: „Wir haben keinen bequemen Präsidenten. Aber einen Mann mit lauterem demokratischen und republikanischen Grundsätzen, einen Mann, der Toleranz üben und helfen wird, daß überall politische Vernunft sich durchsetzt. Auf dieser Basis treffen sich der Bundespräsident und die Gewerkschaften.“

Christian Götz

KARL-GUSTAV WERNER

ORGANISATION UND POLITIK DER GEWERKSCHAFTEN UND ARBEIT- GEBERVERBÄNDE IN DER DEUTSCHEN BAUWIRTSCHAFT

Untersuchungen über Gruppen und Verbände, Band 9. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1968. 384 S., kart., 68,— DM.

Dieses Buch sollten viele Gewerkschafter lesen, insbesondere die Gewerkschaftsjugend. Ich sage das nicht, weil diese schon vor einigen Monaten erschienene Veröffentlichung durch die Hundertjahrfeier der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden aktuell geworden ist und es reizvoll wäre, sie mit dem von der IG Bau, Steine, Erden vorgelegten Werk „Stein auf Stein“ von *Karl Anders* zu vergleichen, das aus anderer Sicht und mit innerer Anteilnahme die hundertjährige Geschichte der Bau-Gewerkschaft schildert. Ich halte es für nützlich, weil hier, soweit ich zu überblicken vermag, erstmals aus dem Bereich der Wissenschaft ein fundierter und mit dem Willen zur Objektivität verfaßter Versuch vorliegt, die Probleme der gewerkschaftlichen Organisation und Politik anhand der historischen Entwicklung in der Bauwirtschaft darzustellen.

Die Arbeit von Dr. Karl-Gustav Werner ist zugleich auch die erste in der Schriftenreihe „Untersuchungen über Gruppen und Verbände“, die sich nicht einen Wirtschaftsverband, son-

dern das Gegen- und Miteinanderwirken von Gewerkschaft und Wirtschaftsverband zum Thema ihrer Darlegungen macht. Zusammen mit dem Werk, das die IG Metall zu ihrem 75jährigen Jubiläum herausbrachte, liegen damit drei historische Monographien der Gewerkschaftsbewegung vor, die insbesondere der Gewerkschaftsjugend wertvolle Einsichten in das Werden gewerkschaftlicher Probleme vermitteln. Es wäre zu wünschen, daß Wissenschaftler an den deutschen Hochschulen sich noch mehr Untersuchungen dieser Art widmen würden.

Gewiß lassen sich Einwendungen gegen einige Aussagen der umfangreichen Untersuchung erheben. So verwendet Werner den Ausdruck „Tarifpartner“ bereits für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg in gleicher Weise wie für die Gegenwart, was m. E. nicht richtig ist, da sich in der Zwischenzeit ein großer Bedeutungswandel vollzogen hat und in den ersten Tarifverträgen der Bauwirtschaft auch nicht von „Partner“ gesprochen wird, sondern nur davon, daß sich beide Organisationen als maßgebende „Faktoren“ zur Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen.

Abwegig ist es daher auch, wenn Werner an einigen Stellen sogar von der „Sozialpartnerschaft“ spricht: Auch die IG Bau, Steine, Erden hat mit ihrer Politik kein „Bekanntnis zur Sozialpartnerschaft“ (S. 343), sondern lediglich zu einer Tarifpartnerschaft abgelegt.

Einzuwenden wäre auch, daß Werner den hauptsächlich von *Georg Leber* verwendeten Begriff „Ordnungsfaktor“ unkritisch und unerläutert gebraucht. Natürlich ist jede Gewerkschaft, die mit dem für sie in Frage kommenden Arbeitgeberverband Tarifverträge abschließt, zugleich auch ein Ordnungsfaktor. Aber in welchem Sinn ist sie es? Sie ist es nur und ausschließlich in dem Sinn, daß sie eine bisher vorhandene Arbeits- und Entlohnungsordnung nicht mehr als gerecht hinnimmt, sondern im Wege der Verhandlungen und notfalls durch Streik durch eine neue und bessere Ordnung ersetzt. Mit anderen Worten: sie *verändert* die bisherige Ordnung. In dieser ständigen Veränderung, die von dem Willen nach mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheitsraum für den Arbeitnehmer getragen ist, hat die Funktion der Gewerkschaft seit eh und je bestanden. „Ordnen“ heißt also immer „Neuordnen“, also verändern. Nur in diesem Sinn sollten Gewerkschafter das Wort vom Ordnungsfaktor gebrauchen.

Davon abgesehen gibt die sehr fleißige Darstellung von Werner einen außerordentlich eindrucksvollen Überblick über die Entwicklung nicht nur des Tarifvertragswesens im Baugewerbe, sondern über die gesamte Geschichte und Tätigkeit der IG Bau, Steine,

Erden und ihrer Vorläufer. Sie zeichnet sich durch eine intensive Quellenforschung aus und drückt zahlreiche Belege ab, die auch für die Gegenwart von Interesse sind. Der Gewerkschafter wird daraus entnehmen, daß viele Probleme, die uns heute beschäftigen, schon vor Jahrzehnten, teilweise schon vor der Jahrhundertwende, die damaligen Gewerkschafter bewegt haben.

Werner hat sich die Mühe gemacht, sehr umfangreiches statistisches Material vorzulegen, das insbesondere auch Aufschlüsse über die Entwicklung des Finanzwesens sowie über die gemeinsamen Einrichtungen der Bau-Tarifvertragsparteien bringt. Dadurch und indem er auch über die Finanzen des DGB statistische Einzelheiten mitteilt, gewinnt sein Buch weit über die Bauwirtschaft hinaus allgemein gewerkschaftliche Bedeutung.

Die Schrift ist mit Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk gedruckt worden. Es ist bedauerlich, daß ihr Preis dennoch nicht so weit hat ermäßigt werden können, um weiteren Kreisen die Beschaffung zu ermöglichen.

Dr. Kurt Hirche

KLAUS KIEFER

DIE DIFFUSION VON NEUERUNGEN

Kultursoziologische und kommunikationswissenschaftliche Aspekte der agrarsoziologischen Diffusionsforschung. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1967. 98 S., brosch. 13,— DM.

In den USA wurde in den 30er Jahren der Hybridmais als technische Neuerung eingeführt, der wesentlich höhere Erträge bringt als „normale“ Sorten. Zwei Agrarsoziologen untersuchten damals, wie und wie schnell diese Veränderung Eingang gewann und die alte Technik verdrängte. Das war der Ansatz für einen neuen Forschungszweig: *Diffusionsforschung*. Ihre Fragestellung lautet: „Wie wird eine spezifische Einzelheit angenommen von Einzelnen oder Gruppen, die durch eine Sozialstruktur und eine Kultur verbunden sind?“.

Kiefer weist darauf hin, daß die neuere Forschung die Probleme des sozialen Wandels ausschließt und nur den technischen Wandel innerhalb der sozialen Ordnung analysiert. Da die technische Veränderung sehr beschleunigt ist, lassen sich solche Prozesse heute leichter verfolgen als früher. Er ist sehr kritisch gegenüber der bisherigen, vor allem nordamerikanischen Forschung, insofern sie mehr zu einer gelenkten und fast apologetischen Erfolgskontrolle des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes wurde und z. B. wichtige Faktoren wie

den sozio-kulturellen Rahmen oder die Wirkung der Industriewerbung ignorierte. Kiefer glaubt mit der neueren Kommunikationsforschung, daß die Massenmedien nicht so übermächtig seien; ihre Wirkung sei durch die Gruppenstruktur, die Prestigehierarchie und die latenten Funktionen der Primärgruppe geregelt.

Die *Weber'sche* These von der Bedeutung des puritanischen Christentums für die Entwicklung der modernen kapitalistischen Industriegesellschaft wird diskutiert, ebenso *Königs* Meinung, daß die Auflösung der Großfamilie und die räumliche Mobilität helfen werden, das soziale Defizit der Entwicklungsländer zu beseitigen. Für die Entwicklungspolitik lehnt Kiefer das Rezept *McClellands* ab, der einzelne Unternehmerpersönlichkeiten fördern will, die dann den Gesamtprozeß in Gang bringen sollen. Die Zeit dränge, es gelte vielmehr die Vielen zu bewegen, um den wachsenden Entwicklungsrückstand aufzuholen. Mit diesen Gedanken schafft der Verfasser Verbindungen zu den drängenden Fragen der Entwicklungstheorie.

Bei der Analyse der Diffusion von Neuerungen ergeben sich fünf Gruppen, die durch die Schnelligkeit der Adoption ebenso charakterisiert sind wie durch sozialen Status, Einkommen, Bildung, Betriebsgröße, soziale Kontakte und Einstellung zu wissenschaftlichen Versuchen. Kritisch merkt Kiefer an, daß der Versuch mit Hybridmais sich auf ein spezielles Objekt bezog, das in kleine Mengen geteilt und dann genutzt werden kann, so daß die Ergebnisse experimentell vergleichbar sind, und daß eine bäuerliche Bevölkerungsgruppe analysiert wurde. Die Masse der Arbeitenden sei im allgemeinen durch den täglichen Existenzkampf so angespannt, daß das Aufmerksamkeits- und Aufnahmepotential weitgehend besetzt sei. Daher die soziale Rolle der Meinungsführer.

Studien in Indien wiesen nach, daß es soziale Scheidelinien im Dorfe gibt, über die die Neuerungen nur schwer diffundieren. *Mendras* folgert daraus, daß der Zugang zu diesen Neuerungen Schichten-spezifisch sei. Dem widerspricht Kiefer jedoch teilweise.

Der Weg der (technischen) Neuerungen ist ein wissenschaftlich und praktisch wichtiges Thema. Der Rezensent bezweifelt, daß es deshalb eine gesonderte Wissenschaft beschäftigen kann und soll. Aber *alle* berührten Forscher und Forschungszweige würden aus den bisherigen Erkenntnissen mehr profitieren, wenn die Ergebnisse möglichst klar und allgemeinverständlich dargelegt würden. Wer mit Entwicklungsländern und -hilfe zu tun hat, findet in dem Büchlein gute Anregungen.

Dr. Theodor Bergmann

HANS ALBERT

TRAKTAT ÜBER KRITISCHE
UNVERNUNFT

Bd. 9 der Reihe „Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften. Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, 190 S., brosch. 19,50 DM, Ln. 24.— DM.

Die Sozialwissenschaft ist dabei, sich zur exakten Wissenschaft zu mausern. Tieferliegende Ursachen dieses Prozesses dürften einerseits das Bedürfnis der Praxis sein — Marxisten könnten es „Reifegrad der Produktionsverhältnisse“ nennen —, die multidimensionale Prozeßwirklichkeit in den Griff zu bekommen, um unangenehme „Überraschungen“ von einer immer komplizierter werdenden Welt fernzuhalten; andererseits das gleichzeitige Bemühen, ständig auftauchende neue Probleme mit einigermaßen befriedigenden Problemlösungen zu beantworten (mit der Folge weiterer Komplizierung). Probleme, das sind Fragen nach bisher unbekanntem Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, nach Wenn-Dann-Sätzen oder anders: nach Begründungen.

Die Methoden der exakten Wissenschaft waren bisher vorwiegend auf die Erforschung der Natur beschränkt. Neuerdings setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Arbeitsteilung zwischen Natur- und Geisteswissenschaften höchst unzureichend ist: Wenn exakte Wissenschaft nichts anderes als eine bestimmte — rationale — Art des Problemlösungsverhaltens ist, dann müßten auch Probleme im nicht-naturwissenschaftlichen Bereich, d. h. in der Politik, in der Ethik, in der Religion und im Alltagsleben, auf die gleiche „vernünftige“ Weise gelöst werden können. Daß dies möglich ist, beweist Hans Albert in seinem jüngsten Buch „Traktat über kritische Vernunft“.

Albert zeigt, wie die drei großen Strömungen der Gegenwartsphilosophie, der (Neo-)Positivismus, der Existentialismus und der Marxismus, bisher vergeblich versucht haben, das Problem der Begründung von Aussagen zu lösen. Ihr Fehler: Sie unterstellten stets, daß es so etwas wie eine absolute Wahrheit und damit Begründbarkeit gäbe.

Albert beweist: Die Forderung nach absoluter Gewißheit führt zum Rekurs auf Dogmen und beeinträchtigt die Suche nach neuen Problemlösungen. Beispielhaft erläutert Albert diese Konsequenz an Arbeiten — und Autoren — aus Wissenschaft und Politik, Ethik und Religion. Die Augen gehen einem auf.

Der demgegenüber von Albert vertretene *kritische Rationalismus* anerkennt die Unmöglichkeit, absolute Gewißheit zu erlangen; er beruft sich auf große Namen: *Wilhelm von Ockham, David Hume, Feuerbach, Marx, En-*

gels, Max Weber, Durkheim, Pareto, Hans Reisen, Heinrich Gomperz, Bertrand Russell und andere. Mittelpunkt dieses Rationalismus ist das Prinzip der kritischen Überprüfung aller Aussagen mit Hilfe rationaler Argumente durch jeden, der Lust und Fähigkeit dazu mitbringt. Dieses Prinzip soll in allen Lebensbereichen angewendet werden:

Das Ziel des Wissenschaftlers ist es, Gesetze — das sind Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge — zu finden, die „immer und überall“ geltende Regelmäßigkeiten der Realität beschreiben (wie etwa das Fallgesetz oder der Sexualtrieb). Da man nie alle Regelmäßigkeiten erklären kann, gibt man sich — auch in der Naturwissenschaft — damit zufrieden, wenn eine Theorie, d. h., ein Gefüge von Gesetzen, allen Widerlegungsversuchen selbst unter schärfsten Prüfbedingungen standhält: Sie hat sich damit (vorläufig) bewährt; man kann mit ihr arbeiten, bis die Theorie widerlegt und durch bessere ersetzt ist. Denn der Mensch lernt ständig dazu, und er lernt aus seinen Fehlern, d. h. aus widerlegten Theorien, die also immer nur Hypothesen sind.

Das Ziel des Politikers ist es, mittels (Sozial-)Techniken die Umwelt zu gestalten. Seine Instrumente sind die sozialen und Natur-Gesetze: Er macht aus diesen kausalen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhängen instrumentale Zweck-Mittel-Beziehungen und benützt sie, bis bewährtere Gesetze erfunden sind. Was hier Ursache, ist dort Mittel; was hier Wirkung, ist dort Zweck oder Ziel. Die Umformulierung zur Prognose geschieht analog: Ist die Ursache heute realisiert, wird sich morgen — modifiziert durch variierende Randbedingungen — die Wirkung einstellen.

Das Ziel des Moralisten ist es, das Verhalten der Menschen im Sinne bestimmter Ziele zu „steuern“. Seine Mittel sind Verhaltensvorschriften und ethische Normen. Auch er wird nicht gleich die „richtigen“ Normen finden. Er wird sich demnach genauso an sein „ideales“ Verhalten herantasten müssen wie der Wissenschaftler an die objektive Wirklichkeit und der Politiker an sein „Gesellschaftsideal“.

In einem bestimmten Sinn handelt es sich also wegen der Unvollkommenheit und Vorläufigkeit aller Erkenntnis in allen drei Lebensbereichen um dasselbe Problem: die rationale Bewältigung wechselnder Situationen in verschiedener — methodisch geordneter, d. h. kontrollierbar gemachter — Perspektive. Entscheidungen für Erkenntnisobjekte, mehr oder weniger scharfe Prüfbedingungen und (als „vorläufig befriedigend“ bezeichnete) Bewährungsgrade von Theorien, Technologien und Normen bedingen sich wechselseitig: Neue Erkenntnisse bleiben nicht ohne Wirkung auf die Werte, neue Normen verändern eventuell das Erkenntnisssystem.

Also wird man den Entwurf von Alternativen, „realen Utopien“, kurz: die schöpferische Entdeckung in allen Bereichen zu fördern suchen, d. h. man wird den theoretischen und politischen Pluralismus um den ethischen Pluralismus ergänzen müssen.

Folglich kommt es weniger darauf an, ständig variierendes Detailwissen zu vermitteln, „als die Methoden zu lehren, die es dem einzelnen ermöglichen, sich ein selbständiges Urteil zu bilden und damit auch... dogmatische Verfahrensweisen zu durchschauen“ (S. 88).

Der „Traktat“ ist ein philosophisches Lehr- und Lernbuch, das an die besten Traditionen der Aufklärung anknüpft. Es ist insofern ein hochgradig politisches Buch, das allerdings an den Leser nicht geringe Ansprüche stellt. Vieles an diesem Buch ist — vor allem für den deutschen Sprachbereich — so neu, daß man es „revolutionär“ nennen könnte. Zur Ergänzung ist das Werk des „Begründers“ des kritischen Rationalismus zu empfehlen: *Karl R. Popper*: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde.“ Die Arbeit von Albert ist Karl Popper gewidmet.

Horst Hinz

A. GLUCKSMANN / A. GORZ /
E. MANDEL / J.-M. VINCENT

REVOLUTION FRANKREICH 1968

Ergebnisse und Perspektiven. Aus dem Französischen. Reihe „res novae provokativ“. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1969, 177 S., kartoniert 9,—DM.

Nach den beflügelten Erlebnisberichten kommen hier junge Theoretiker zu Wort, die zwar die Mai-Revolte radikal verteidigen, doch darauf abzielen, deren grundsätzlichen Charakter zu untersuchen. Die vier Verfasser, keineswegs in allem einig, gehen von etlichen gemeinsamen Postulaten aus:

1. Die Bewegung im Frühjahr 1968 war keine Episode, sondern der Beginn einer revolutionären Umwälzung.
2. Sie ist nicht nur für Frankreich, sondern insgesamt für hochentwickelte kapitalistische Länder modellhaft.
3. Sie wurde von der institutionalisierten Führung der Arbeiterschaft, insbesondere der KPF, kanalisiert und erstickt.
4. Mit weiteren Etappen revolutionärer Kämpfe muß gerechnet werden.

Die These vom Vorhandensein eines mächtigen revolutionären Potentials verteidigt am schärfsten *Ernest Mandel*: „Die Revolution wäre möglich gewesen“, wenn die KPF revolutionär gehandelt hätte. Mandel legt, wie die anderen Autoren, überzeugend dar, daß die kommunistische Politik, im Widerspruch zu Lenins Grundsätzen, sich von kurzfristigem Reformismus leiten ließ. Sein Vorbild bleibt

das Schema der russischen Oktoberrevolution. Auch das spanische Beispiel vom Sommer 1936 inspiriert ihn, „als eine Intervention der Armee innerhalb von wenigen Tagen in praktisch allen Zentren des Proletariats von entschlossenen Arbeitern zunichte gemacht wurde“. Der anschließende Bürgerkrieg gerinnt freilich dabei zur Lappalie; in Frankreich hätte man ihn ohnehin vermieden, da die „Mittelschichten kaum bereit (waren), eine blutige Diktatur zu akzeptieren“.

Solche Hypothesen gibt es allzu viele, während die konkreten Bedingungen zu kurz kommen. Wenn es gewiß zutrifft, daß die KPF unrevolutionär handelte, muß dennoch die Frage gestellt werden, ob sich das auf ein reines Führungsproblem reduzieren läßt oder ob nicht große Teile der Arbeiterklasse selbst ein revolutionäres Engagement verwarfen? *Gorz* und *Vincent* äußern darüber eine andere Ansicht. Letzterer spricht von einer „unentschlossenen Spontaneität“ der Arbeiter, die kaum mehr als einen Sturz des gaullistischen Regimes erhofften. Für Mandel dagegen war der „bewaffnete Aufstand“ möglich, „kleine Kerngruppen von Arbeitern“ hätten genügt, um den Ereignissen eine andere Richtung zu geben. Der Leninismus gleicht sich so dem Putschismus an, weil das heutige Frankreich dem gestrigen Rußland in nichts gleicht. Indes wird der Orthodoxie in einem wichtigen Punkt aufgekündigt: die Revolution solle sich auch außerhalb einer großen Wirtschaftskrise vollziehen. Unerklärt bleibt, wie die alte Strategie unverändert auf eine so neue Lage Anwendung finden soll.

Andre Gorz ist differenzierter, weil er sich weniger von einer revolutionären Fata Morgana blenden läßt und an der Analyse der gegebenen Verhältnisse festhält. „Nichts beweise, daß die Massen reif für den Sozialismus gewesen seien“, schreibt er. Der Sturz de Gaulles war denkbar; „daß aber der Kapitalismus mit einem Schlage hätte beiseitegefegt werden können, ist eine unhaltbare These.“ Gorz besteht auf „einer Kette von Zwischenzielen“:

„Eine Arbeiterklasse, die ihr unmittelbares Schicksal, d. h. die Bedingungen und die Organisation der Produktion nicht in der Hand hat, wird auch nicht als führende Klasse über die Organisation der Gesellschaft bestimmen können.“ Nicht die Eroberung der politischen Macht sei primäres Ziel, sondern die Selbstbestimmung der Arbeiterschaft. Diese Bedingung war im Mai 1968 nicht erfüllt. Auch Gorz erkennt die Notwendigkeit einer neuen Partei an, doch hält er das Leninsche Modell für unpassend: mehr Dezentralisation und mehr Demokratie seien vonnöten. Eine Wiederholung der Mai-Bewegung erscheint ihm ohnehin als wenig glaubhaft.

Dies berücksichtigt Faktoren einer konkreten Situation, die stets etwas Einmaliges darstellt, und unterläßt es, flink allgemein gültige Schemata zu entwerfen. Ohne den Überdruß an der gaullistischen Herrschaft hätte es womöglich die Explosion überhaupt nicht gegeben, zumindest wären ihre Formen andere gewesen. Solange der kommunistische Apparat andererseits seine Macht aufrechterhält — die letzten Präsidentenwahlen haben sie von neuem unterstrichen —, ist jeder Erneuerungsversuch zum Scheitern verurteilt. Davon ist auszugehen. Das führt zu einer weitaus längeren Perspektive, als die meisten Autoren dieser substantiellen Aufsätze es wahrhaben wollen.

Heinz Abosch

TOM MBOYA

AFRIKA: FREIHEIT — UND NACHHER?

Ein Kontinent ringt um seine Zukunft. Schriftenreihe Europäische Perspektiven. Europa-Verlag, Wien, Frankfurt, Zürich, 1966. 253 S., Paperback 16,80 DM.

JEAN ZIEGLER

POLITISCHE SOZIOLOGIE DES NEUEN AFRIKA

Ghana, Kongo-Leopoldville, Ägypten. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 1966. Ln. 22,80 DM; kart. 17,80 DM.

PETER DOLL

DER SENEGALESISCHE WEG ZUM AFRIKANISCHEN SOZIALISMUS

Konzeption und Verwirklichung der senegalesischen Entwicklungspolitik. Hamburger Gesellschaft für Völkerrecht und auswärtige Politik, Hamburg, 1966. 164 S., kart. 21,80 DM.

JOHN MARS

AFRIKANISCHE WIRTSCHAFTS-INTEGRATION

Tatsachen und Perspektiven. Schriftenreihe Europäische Perspektiven. Europa-Verlag, Wien, Frankfurt, Zürich, 1967, 464 S., Paperback 25,80 DM.

Unter den Fachleuten, die im Rahmen der Entwicklungshilfe heute in Afrika südlich der Sahara tätig sind, herrscht ziemlich einmütig die Meinung, daß der schwarze Kontinent derzeit eine schwere Krise durchlebt, die, nach einem allgemeinen Niedergang, gebietsweise gekoppelt mit schwarzem Rassismus, Fremdenhaß und innerafrikanischen Zwistigkeiten bis hin zum offenen Krieg, nach angemessener Zeit aber sicherlich zu einer Besinnung und dann zu einem allgemeinen Aufstieg führen wird. Die industrialisierte Welt steht dem ziemlich hilflos gegenüber, und es macht den Eindruck, als bliebe den Industrienationen gegenwärtig in der Tat nicht viel mehr übrig, als den Ablauf dieses Prozesses abzuwarten und aktive Hilfe auf sichere Projekte zu beschränken. Militärhilfe ist sicherlich das letzte, was Ost und

West beitragen sollten, denn wenn wir den Afrikanern gerechterweise Selbstbestimmung zugestehen, so müssen wir es ihnen auch überlassen, das neue Afrika so und mit den Maßnahmen und Opfern aufzubauen, wie es ihnen richtig erscheint. Sozialhistorische Epochen können nicht übersprungen, sie können allenfalls abgekürzt werden, und Afrika ist nun im Begriff, mit Riesenschritten das zu durchheilen, was in Europa Jahrhunderte an geschichtlicher Entwicklung benötigt hat. Klug wird man, wie auch wir, nur durch die eigenen Fehler und Erfahrungen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang Eigen- und Fremdanalysen der afrikanischen Situation, wie sie in wachsender Zahl nun in deutscher Sprache auf den Markt gebracht werden. Der kürzlich einem Mordanschlag zum Opfer gefallene, in Gewerkschaftskreisen bestens bekannte *Tom Mboya* (Kenia) stellt mit Recht die Frage nach dem „Nachher“, d. h. wie die Probleme nach der Erringung der politischen Freiheit zu meistern seien. Seine auch auf deutsch erschienenen Betrachtungen zu zahlreichen Problemen (Pressefreiheit, EWG, Panafrikanismus, Lage der Arbeiterschaft etc.), die sicher nicht alle unwidersprochen bleiben können, zeichnen die Gedankenwelt eines profilierten Vertreters des neuen Afrika von jener Art, wie man sie sich als Gesprächspartner wünschen möchte, da ihr bei aller gesunden Aggressivität nicht das nötige Maß an Selbstkritik fehlt.

Nichtafrikanische Autoren analysieren in der Regel mit weniger innerem Engagement, als es die Afrikaner selbst tun. *Jean Ziegler's* Studie über drei afrikanische Staaten (darunter einer im arabischen Raum) geht vor allem von der Fragestellung nach den neuen Machtverhältnissen aus, die sich nach Ablösung der kolonialen Herrschaft herausgebildet haben. Der Marsch ins industrielle Zeitalter mit der Herausbildung eines Industrieproletariats, aber auch die Übernahme von Spitzenfunktionen im nicht-industriellen Bereich und in der Verwaltung hat neue innerafrikanische Beziehungen oder auch Klassenspannungen heraufbeschworen, an denen Nichtafrikaner nicht mehr oder nur noch sehr am Rande beteiligt sind. Persönlichkeiten wie *Nkrumah*, *Lumumba* und *Nasser* werden in diesem Zusammenhang untersucht, und wie immer die Interpretation historischer Tatbestände durch Ziegler beurteilt werden mag, sie rückt sehr aktuelle Existenzfragen Afrikas und seiner Gesellschaft ins Licht.

Eine sehr detaillierte Untersuchung legt *Peter Doll* über Senegal vor, über einen afrikanischen Staat, der ungewöhnlich lange ohne ernstere innere Unruhen seinen Weg nach Erlangung der Unabhängigkeit ging. Wir haben es hier mit einem der zahlreichen Wege zu einem eigenständigen „afrikanischen Sozialis-

mus" zu tun, und der Verfasser unterzieht die gedankliche Basis *Leopold Senghors* als Führer auf diesem Weg einer eingehenden Prüfung. Nach Senghors eigener Aussage ist Sozialismus für ihn nichts anderes als „die rationale Organisation der menschlichen Gesellschaft als Ganzes betrachtet nach den wissenschaftlichsten, modernsten und zweckmäßigsten Methoden“, also doch wohl praktische Politik nach pragmatisch-technokratischen Methoden. Im Verlauf seiner Arbeit gibt Doll Auskunft über die tatsächlichen in Senegal ergriffenen Maßnahmen und die Rolle der Bevölkerung.

Schließlich muß noch auf eine sehr umfangreiche und interessante Arbeit hingewiesen werden, deren Gegenstand die wirtschaftliche Integration Afrikas ist. Man spricht gern von der „Balkanisierung“ Afrikas, und bezeichnet damit abwertend das Nebeneinander relativ

kleiner, isolierter Wirtschaftseinheiten. *John Mars* sieht in der Schaffung größerer Märkte einen Weg aus Armut und Unterentwicklung. Wir haben ja diese Idee in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bereits zu einem guten Teil in die Praxis umgesetzt, doch ist natürlich ein Vergleich wegen bestehender fundamentaler Unterschiede gefährlich. Immerhin: die Idee ist richtig und der Weg sollte beschritten werden. Zahlreiche afrikanische Staaten haben den Gedanken aufgegriffen und regionale Zusammenschlüsse gebildet, wenn diese auch häufig politischen Wechseln nicht standgehalten haben. Um der glücklichen Zukunft Afrikas willen bleibt zu hoffen, daß fortschreitende Rationalisierung der Nationalpolitik in den afrikanischen Staaten den Weg zu derartigen regionalen Zusammenschlüssen ebnet.
Dr. Wolf Donner